

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei voller Zahlung ins Haus für Groß-Berlin oder bei direktem Postbezug ohne Zustellgebühr monatlich 5.— M., bei Zahlung unter Staatsband 4.— M. Die „Freiheit“ ist in den ersten Nachtrag der Postzeitungsliste für 1919 eingetragen.

Inhalte sollen die wichtigsten Kompartimentsblätter oder deren Raum 1,20 M., Wochenblätter aus festgedruckter Schrift 20 Pf., jedes andere Blatt 25 Pf., Leinwanddruck 70 Pf., bei Familien- u. Veranlassungsanzeigen 100 Pf. der Zeile zu je 10 Zeilen sein. Inserate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 1 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein. Inseraten-Abteilung: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 Fernsprecher: Amt Norden 9748

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Eine Abrechnung mit den Nationalisten.

In der preussischen Landesversammlung kam es in der gestrigen Sitzung zu stürmischen Auseinandersetzungen zwischen der Linken und der äußersten Rechten. Genosse Klaußner (sozialistische Partei) sprach über die Kriegsverbrechen der französischen Fahnen. Die scharfe Kritik dieser Vorgänge, die unserem Genossen zwei Ordnungsrufe einbrachte, rief den deutschnationalen Abgeordneten Graf auf die Rednertribüne, der Verständnis hatte für die verzweifelte Stimmung nationaler Kreise und, nach der Linken gerichtet, die Behauptung aufstellte, sie trage Schuld an dem Zusammenbruch der Armee und der daraus entstehenden Folgen. Für die nationale Würde hätte sie kein Gefühl.

Unter stürmischem Widerspruch trat der Redner ab. Er bekam von dem rechtssozialistischen Gefaschli eine kräftige Antwort. Die nationale Würde wäre nicht weit her, denn die Tatsache stünde fest, daß deutsche Offiziere als Soldaten in amerikanische Dienste einzutreten sich bemüht hätten. Diese Abfuhr wurde verstärkt durch Genossen Adolph Hoffmann, der der Rechten die Schuld an dem Zusammenbruch der Armee zuschob. Er habe nie geglaubt, daß die Deutschnationalen so unklar wären, den Vordenker noch öffentlich zu rechtfertigen. Man solle doch nicht von nationaler Würde reden, denn sie, die Rechtsparteien, hätten die Schuld am Kriege. Das Zeughaus sei die Schreckensammer der Menschheit.

Als Hoffmann nun gar, zur Rechten gewendet, in bezug auf die Offiziere, die amerikanische Soldnerdienste tun wollen, erklärte, die Herren hätten zu ehrlicher Arbeit keine Lust und keine Fähigkeit, da erhob sich bei der Rechten ein Sturm der Entrüstung, der von der Linken durch Bravorufe begegnet wurde. Abgeordnete der Rechten erhoben drohend die Hände und es sah so aus, als ob es zum Handgemenge kommen sollte. Genosse Dr. Cohn ging des näheren noch auf die Kriegsschuld ein. Dann legte sich langsam die Wut. Jetzt, wo täglich die Folgen des Krieges sich deutlicher zeigen und seine Urheber an den Pranger gestellt werden, jetzt wollen die Schuldigen das Verbrechen an der Last legen. Sie haben gestern die entsprechende Antwort darauf bekommen.

Präsident Leinert eröffnet die Sitzung 12 Uhr 20 Minuten. Das Haus erledigt zunächst eine Anzahl kleiner Posten des Haushaltsplans in zweiter Beratung. Beim Etat der Lotterieverwaltung ergreift das Wort

Abg. Rosenfeld (U.S.P.): Wir protestieren auf das Entschiedenste dagegen, daß der Staat auf der einen Seite seine Pflichten gegen die Glücksspieler einstreifen läßt, auf der anderen Seite durch die staatliche Lotterieverwaltung fördert. Das ist doppelte Moral. Obwohl nach dem Gesetz gewerbesteuerpflichtig, das Glücksspiel bestraft wird, schenkt sich der Staat Glücksspieler mit Gefängnis bestrafen. (Beifall links.)

Der Etat wird mit Hilfe der Rechtssozialisten angenommen. Beim Etat der Münzverwaltung verlangt

Abg. Wente (Dem.) die Wiedereinführung eines 50-Pfennig-Rüdes.

Abg. Adolph Hoffmann (U.S.P.): Man sollte endlich alles Geld aus der Tasche herausholen. (Lebhafter Widerspruch im Saal.)

Der Etat wird ebenso wie der Etat der Staatsschuldverwaltung unterändert angenommen.

Beim Etat der Staatsarchive verlangt

Abg. Hennig (U.S.P.) Öffnung der Archive, damit man endlich ein klares Bild darüber erhält, weshalb Preußen so verfaßt ist.

Der Generaldirektor der Archive stellt fest, daß die Archive der wissenschaftlichen Forschung offenstehen und keine Geheimnisse enthalten. — Der Etat wird unverändert angenommen.

Der Etat der Oberrechnungskammer wird genehmigt, ebenso der Etat für den Disziplinargerichtshof, den Gerichtshof zur Entscheidung der Kompetenzkonflikte, das Beschaffungsbüro, den Reichs- und Preussischen Staatsangehörigen.

Es folgt die Beratung über den Etat des Kriegsministeriums.

Abg. Klaußner (U.S.P.): Als am 20. Juni überspannte nationalistische Studenten und Offiziere aus dem Zeughaus die erbeuteten französischen Fahnen dem Generalstab und dem Reichsarchiv übergeben. Die Fahnen sind dem Reichsarchiv übergeben worden, hat merkwürdigerweise die Spielorganisation aus der Arbeiterzentrale im Oberhof verfaßt. Dieser gefährliche Streich, der sich an die Besetzung der Spitze der Reichsarchivverwaltung, hat keine Sühne gefunden. Das in Scapa Flow anreicht, hat keine Sühne gefunden. Das in Scapa Flow anreicht, hat keine Sühne gefunden. Das in Scapa Flow anreicht, hat keine Sühne gefunden.

Präsident Leinert: Sie dürfen nicht Abgeordneten nachsagen, sie seien über einen Wort erfreut. Ich wisse Sie wegen dieser unerhörten Beleidigung zur Ordnung.

Abg. Klaußner (fortfahrend): Aus Ihren Reihen erschalle ja ein förmliches Triumphgeschrei, als unsere unerschrockenen Vorkämpfer Liebfredt und Rosa Luxemburg meuchlings gemordet worden wären. (Erneuter stürmischer Widerspruch. Mehrmaliger Ordnungsruf.)

Abg. Klaußner (fortfahrend): Bezeichnend für den wahren Wert Ihres Patriotismus ist, daß sich jetzt Offiziere massenhaft sogenannten „feindlichen“ Mächten anbieten. Das bezeugt Ihre Begriffe von nationaler Ehre deutlich. Wir wünschen, daß der unreaktionäre Geist endlich überall verjüngt wird.

Abg. Graf-Anklam (Dnat.): Die Linke ist schuld an der Zerstückelung unserer Armee. (Stürmischer anhaltender Lärm links.)

Abg. Gefaschli (Soz.): Das ist eine unerhörte Verleumdung und noch den Veröffentlichungen der letzten Tage eine Bestätigung, von der ich annehmen muß, daß sie wesentlich gemacht worden ist. (Stürmische Zustimmung links, Unruhe rechts.) Wir sind alle tief erschüttert über den Ausgang des Krieges, aber Sie, auf der Rechten, sind die Allerletzen, die uns die Schuld an dieser Katastrophe beimesen können. (Lebhafter Zustimmung links.) Allein Ihre Politik hat den Zusammenbruch herbeigeführt und die Art Ihres Auftretens hier und draußen verhindert es, daß unser Volk nun endlich ernstlich an den Wiederaufbau gehen kann. (Lebhafter Zustimmung links.) Durch die Veröffentlichung der letzten Tage ist klar festzustellen, daß Ihre (zur Rechten) Parteifreunde die Schuld an dem Kriege haben. (Lebhafter Beifall links, große Unruhe rechts.) Die Beweise von Offizieren für ausländische Dienste, die tatsächlich stattgefunden haben, entsprechen nicht unserer Auffassung von nationaler Würde. Wir betrachten es als nationale Würde, daß das ganze Volk ernst und gemeinsam an den Wiederaufbau geht und eine Verständigung mit anderen Völkern und ein Zusammenarbeiten mit der ganzen Menschheit herbeigeführt wird. (Lebhafter Beifall links, Gelächter rechts.)

Abg. Hoffmann (U.S.P.): Daß Deutsche hier aufstehen würden, um die Vorgänge vom 20. Juni zu verurteilen, hätte ich nicht erwartet. Aus Mitleid sollten wir solche verbredlichen Angriffe auf das Gefühl anderer Nationen verurteilen. Die Verwahrung des Zeughauses trifft der Vorwurf, dieses Spiel nachgemacht zu haben. Es wäre wirklich besser, den ganzen Wiederaufbau des Zeughauses einzuschmelzen und nützliche Kulturwerkzeuge daraus zu machen. (Stürmische Zustimmung links.) Ich gebe Sie doch mit Ihrer nationalen Würde. Damit sieht es manchmal recht faul aus.

Warum bieten sich die Offiziere denn „feindlichen“ Mächten an?

Weil sie nicht fähig oder nicht gewillt sind, in ehrlicher Arbeit am Wiederaufbau Deutschlands mitzuwirken. (Langanhaltende Unterbrechungen.) Wer, wie Herr Graf, heute noch Deutschlands Schuld am Krieg leugnet, kommt mir vor, wie ein überfährter Verbrecher, der den Strich um den Hals hat und immer noch leugnet. (Beifall links, Unruhe rechts.)

Abg. Rippel (Dnat.): Das Ausland hat für die Vorkämpfer der Unabhängigen nur Verachtung. (Beifall rechts.)

Abg. Gefaschli (Soz.): Hindenburg hat bereits im Oktober erklärt, daß nach dem Abfall Bulgariens und der Türkei die Lage unheilbar war. Die Revolution war also an dem Zusammenbruch nicht schuld. Sie war nur eine Folge des Zusammenbruchs. Bis zum 9. November war die Entscheidung zu Ungunsten Deutschlands längst gefallen. (Abg. Adolph Hoffmann: Sonst wäre Wilhelm nicht ausgerufen.)

Abg. Dr. Cohn (U.S.P.): Die Offiziere, die infolge des Friedensvertrags entlassen werden müssen, sollen wenigstens sozialer Patriotismus anbringen, um etwas den Friedensvertrag einzubringen und jemandem ehrlich am Wiederaufbau des Reiches mitzuwirken. Die Offiziere, die sich zum Kampf gegen die Bolschewiki anbieten, sind national so zurechtfindend, daß sie damit der Entente den besten Dienst erweisen.

Die Zerstückelung der Front hat man uns wieder in die Schuhe geschoben und verwechselt dabei Ursache und Wirkung. Die Behörde, die im Januar 1918 mehr als 6000 unabhängige Vertrauensleute an die Front schickte zur Strafe für ihre politische Bestimmung, die war sich wohl nicht klar darüber, daß sich die Waffe, die sie anwendete, gegen sie selbst richten würde. (Zwischenrufe.) Herr Graf, ich habe über die von Ihnen erhobenen Behauptungen öffentlich Rechenschaft abgelegt. Wenn Sie nun noch Zweifel äußern, dann sind Sie ein ehrloser Verleumder.

Wir sind bemüht, in aller Welt den militaristischen Geist zurückzuführen. Diesem Bemühen haben die jungen Leute, die die Fahnen verbrannten und die Schiffe versenkten, den schlechtesten Dienst erwiesen. Die Reichsregierung, die sie damit einlösen, hat das ganze deutsche Volk zu bezahlen. Sie begründen es als eine Notwendigkeit, wenn Millionenwerte vernichtet werden, wo die ganze Welt nach den wertvollen Materialien hungert. Wir können nur von dieser Ungeist loskommen, wenn wir uns alle freimachen von der Sucht, nach solchen äußeren Ehrbegriffen zu handeln.

Abg. Rippel (Dnat.): Mit Herrn Cohn kann man sich nicht über nationale Würde unterhalten. Die Unabhängigen sind schuld an der völligen Zerstückelung des Heeres und an der Verleumdung Deutschlands. (Lärm der Unabhängigen.) Der Etat des Kriegsministeriums wird hierauf genehmigt.

Straffreiheit für Mordversuche.

Am 10. Juli erschien in der Kommandantur des Zellengefängnisses in der Behrer Straße ein Leutnant v. Simon und versprach einem der dort befindlichen Schreiber eine Belohnung von 500 Mark, wenn er ihm Zutritt zu der Zelle Karl Radeks verschaffe. Der Offizier erklärte, er wolle am Nachmittag mit einer Wadmannschaft wiederkommen und sich unter dem Vorwand, Radek zu befreien, in die Zelle schleichen, um ihn dort um die Ecke zu bringen. Und zwar wollte er den Mord dergestalt ausführen, daß er Radek zu erhängen gedachte. In diesem Zustand sollte er bis zum anderen Morgen in der Zelle gelassen werden, um bei den ahnungslosen Wärttern den Anschein zu erwecken, als habe Radek Selbstmord verübt.

Der Schreiber hatte aber etwas mehr Pflichtbewußtsein, als Herr Leutnant v. Simon vermutete. Er ging zum Schein auf das Anerbieten ein, verständigte aber später seinen Regimentskommandeur. Und so kam es, daß Leutnant v. Simon bei seinem Wiedererkennen am Nachmittag verhaftet wurde. Bei seiner Vernehmung stellte es sich heraus, daß man es mit demselben Leutnant v. Simon zu tun hatte, der am 23. Juni mit einer Anzahl Soldaten die französischen Fahnen aus dem Berliner Zeughaus geraubt und unter den Linden verbrannt hatte.

Die „Freiheit“, die von dem unerhörten Vorgang Kenntnis erhielt, übergab ihn der Öffentlichkeit. Es wäre sonst wohl kaum etwas von dem Mordplan aus den verschwiegenen Hallen des Zellengefängnisses in die Öffentlichkeit gedrungen. Unsere Angaben waren so stichhaltig und so genau präzisiert, daß die „zuständigen Stellen“, die sonst immer zu haben sind, wenn es gilt, irgendein der Regierung unliebsames Vorkommnis abzustreiten, es nicht wagten, uns mit einem der üblichen Dementis zu beglücken. Nothgedrungen mußte daher eine „strenge Untersuchung“ des Falles angeordnet werden. Zwei volle Monate hat die Gerichtsbehörde gebraucht, um diese „Untersuchung“ durchzuführen. Sie endete, wie nicht anders zu erwarten war, mit der Einstellung des Verfahrens. Die Gründe dafür sind in dem nachfolgenden Schriftsatz niedergelegt, der uns dem Bericht der Kommandantur zugegangen ist:

Kommandantur-Bericht Berlin, den 3. September 1919. Perlin Nr. 1118 Zgb.Rz. 1. 1. Dr. G/S.

1. Bemerkung. Unterstellt man, daß der Beschuldigte tatsächlich die Absicht gehabt habe, Radek zu ermorden, so ist die Tat jedoch nicht so weit gediehen, daß ein strafbarer Tatbestand verwirklicht war. Unter dem Gesichtspunkt des Mordes war die Tat nur strafbar, wenn sie bereits in das Stadium des Versuchs getreten war. Hier ist es jedoch bei den ersten Vorbereitungsmaßnahmen verblieben und die Erreichung des Versuchsstadiums durch die rechtzeitige Festnahme des Beschuldigten vereitelt worden.

Urkundenfälschung kommt nicht in Frage, weil der Beschuldigte von keiner Urkunde Gebrauch gemacht hat.

Ebenso kommt Bestechung nicht in Frage, da die nach dieser Richtung hin gestellte Anschuldigung des Beschuldigten so vager Natur ist, daß darin ein Versprechen von Vorteilen für irgendeine bestimmte pflichtwidrige Handlung nicht erblickt werden kann.

Für Mißbrauch der Dienstgewalt und Amtsanmaßung fehlt es an entsprechenden Anhaltspunkten.

Das Verfahren ist demnach einzustellen, ohne daß es darauf ankommt, nachzuprüfen, ob wirklich der Beschuldigte, wie aus der Anklage seines Verhaltens wohl geschlossen werden kann, gar nicht die Absicht der Ermordung gehabt hat, sondern entweder überhaupt planlos vorgegangen ist oder, wie er angibt, nur die Zuverlässigkeit der Wadtleute auf die Probe stellen wollte.

2. Gemäß 1. wird das Verfahren eingestellt.

3. Da der Artikel der „Freiheit“ anscheinend vor der Meldung eingegangen ist, und das Verfahren daraufhin bereits eingeleitet worden ist, so kann die Schriftleitung der „Freiheit“ als Angehende im Sinne des Gesetzes angesehen werden. Der Einstellungsbescheid ist ihr zuzustellen.

Der Gerichtsherr. J. G.: gez. v. Gontka, gez. Götze, Kriegsgerichtsdirektor.

Das von uns damals bereits geachtete Sinterpfortchen, durch das Herr Leutnant v. Simon der Strafe entwichen konnte, ist also tatsächlich gefunden worden. Mit gedrücktesten juristischen Konstruktionen sucht man die Unschuld dieses lauberen Herrn zu beweisen. Es ist geradezu erstaunlich, was der obige Einstellungsbescheid von der ausbrüchlichen Erklärung des Leutnants v. Simon, er wolle dem Posten fünfhundert Mark Belohnung geben, wenn er ihm Zutritt zu der Zelle Radeks verschaffe, sagen kann, daß hierin ein Verbrechen von Vorteilen für eine pflichtwidrige Handlung nicht erblickt werden könne.

Man braucht wirklich auf den verhängenen Waden der Justiz nicht sonderlich bewandert zu sein, um zu erkennen, daß hier ein klarer Fall von vollendeter Verbrechen nach § 333 des Strafgesetzbuches vorliegt. Ebenso liegt in dem Wiedererscheinen des Leutnants von Simons auf der Wache unzweifelhaft der Anfang zur Ausführung eines Mordverbrechens vor. Es lag also auch hier nicht eine straflose Vorbereitungs-handlung vor, sondern ein vollendeter Mordversuch.

Der Gipfel ist es aber, wenn der Beschluß das Verhalten des Herrn von Simons als kindlich bezeichnet. Nicht mit einem kindlichen Streich, sondern mit einem wohlüberdachten, bis ins kleinste ausgeklügelten Vubenstreich des Gondlängers einer ganz bestimmten Clique haben wir es hier zu tun. Ist doch bei der Verhaftung des Leutnants von Simons ein ordnungsgemäß ausgestellter Ausweis mit der Vollmacht, 12 Mann für eine Woche anzufordern, gefunden worden. Außerdem weist auch die unwidersprochene Tatsache, daß Leutnant von Simons nach seiner Verhaftung einen Offizier hat, er möge dem Hauptmann von Kessel, dem Leiter der Spitzelabteilung der Brigade Reichard im Kriminalgericht, die telephonische Nachricht zukommen lassen, daß die Sache nicht geklappt habe, darauf hin, daß in dem Mordplan noch andere Offiziere verwickelt waren und daß Leutnant von Simons nur die ausführende Person war. Bezeichnenderweise schweigt sich der Einstellungsbescheid über diesen wichtigen Punkt vollkommen aus, obwohl wir feinerzeit schon auf diese Personenverbindung hingewiesen haben, ohne daß man es gewagt hätte, diese Kombination abzustreiten.

Eine Kränze haßt der anderen kein Auge aus! Den steigend gesprochenen Mordern im Prozess Rosa Luxemburg — Karl Diecknecht folgt der von dem Verdacht des versuchten Mordes glänzend rehabilitierte Leutnant von Simons. Das Gericht hat ganz recht gehandelt, daß es das Verfahren schon in der Voruntersuchung einstellte und damit der Öffentlichkeit die Wiederholung einer Justizkomodie ersparte, wie sie im Monat Mai im Schwurgerichtssaal zu Moabit aufgeführt wurde. Wie zweifeln keinen Augenblick daran, daß auch für den Mörder Matrosenmörder Marlo ein Hinterbüchsen gefunden werden wird. Auch er wird ja bereits als geisteskrank behandelt, ebenso wie der Leutnant v. Simons sofort nach seiner Verhaftung als „geistig nicht völlig normal“ geschickt wurde. Für die Militärjustiz eröffnen sich dabei die schönsten Perspektiven. Sie spart durch dieses abgekürzte Verfahren an Zeit und Geld und kommt nicht in den schändlichen Verdacht, mit dem nicht gerade gutgestellten Schauspielers in einen unfaulteren Wettbewerb zu treten.

Schließlich möchten wir uns aber doch eine Frage erlauben: Was ist eigentlich aus dem Verfahren gegen den Leutnant von Simons wegen Verbrennung der französischen Fahnen vor dem Zeughaus geworden? Auch da sollte doch eine „strenge Unteruchung“ eingeleitet werden. Hat hier Herr von Simons etwa auch „kindlich“ gehandelt und etwa mit den Fahnen nur ein Feuerchen angemacht, um sich bei der Jubiläum daran die Hände zu erwärmen? Eine Beantwortung dieser Frage dürfte bei der besonderen Bedeutung des Falles wohl einiges Interesse beanspruchen.

Tamschids Auflieg.

Wir konnten in unserer Dienstag-Morgenausgabe mitteilen, daß der Offiziersvertreter Tamschid, der im Kriminalgericht Moabit Fogisches und Dorenbach auf der „Flucht“ erschossen hat, zur Sicherheitspolizei übergetreten und zum Leutnant befördert worden ist. Die Nachricht darüber war uns von durchaus zuverlässiger Seite zugegangen, wir versahen sie trotzdem mit einem Fragezeichen und erwarteten von der zuständigen Stelle eine Verichtigung. Sie erfolgte nicht. Dafür sind wir heute in der Lage, den Befehl wiederzugeben, der die Beförderung des Tamschid zum Leutnant ankündigt. Er lautet:

Sicherheitswehr Berlin, 17. September 1919.
des S. P. Pr.

Commandobefehl.

1. Ha. Im Namen des Polizeipräsidenten befehle ich, vorbehaltlich der endgültigen Anstellung, folgende Beamte im Leutnantsrang mit dem 18. 9. 19:

Jugwachmeister Tamschid, 1. Gruppe.

Für die Richtigkeit: J. K. d. S. P.
Reichard, Leutnant. 993. von Schönstedt.

Wir können weiter noch mitteilen, daß sich auch die Beförderung des Jugwachmeisters Krämer, des intimen Freundes des Mörder Marlo, zum Leutnant der Sicherheitspolizei bewahrheitet hat. Die Sicherheitspolizei scheint sich überhaupt mit Vorliebe jener Leute angenommen zu haben, die bisher im Kriminalgericht Moabit unter dem Namen fliegende Kraftfahrstaffel Kessel ihr Domizil aufgeschlagen hatten, und denen die Beförderung und Ueberwachung politisch verdächtiger Persönlichkeiten oblag. Außer Tamschid, Krämer, Marlo gehörte dieser Abteilung auch der Leutnant von Simons an, der am 23. Juni die französischen Fahnen unter den Händen verbrannt hat und später einen Mordanschlag auf Kadel durchzuführen wollte. Vielleicht hat auch dieser Mann für seine besonderen Verdienste inzwischen schon Unterbefehl bei der Sicherheitspolizei gefunden, nachdem ja auch der Hauptmann von Kessel, den der Leutnant Simons nach dem mißglückten Mordversuch auf Radel jagte, die Sache habe nicht geklappt, dort untergebracht ist. Er wohnte am Freitag der vergangenen Woche einer Besichtigung der Sicherheitspolizei in Charlottenburg bei und ist, wie uns mitgeteilt wurde, von Herrn Minister Seine besonders begrüßt worden.

Herr Roske ist bekanntlich auf vorbestrafte Leute nicht gut zu sprechen, vor allem, wenn diese der republikanischen Gesinnung huldigen und sich gegen die Umtriebe der monarchistischen Offiziere wenden. Tamschid ist kein Republikaner. Er wird daher trotz seiner Vorstrafen kaum den Born Roskes über sich heraufbeschwören. Öffentlich wird er auch in den Offizierskafkas seinen Verdiensten entsprechend geachtet.

Geipenstereher.

Die bürgerliche Presse füllt jetzt ihre Spalten täglich mit Berichten über „benötigende kommunistische Urkunden“. Wir haben schon wiederholt darauf hingewiesen, daß alle diese Meldungen erlogen sind. Die Nachrichten kommen bald aus dem Ruhrgebiete, bald aus München, bald aus Hamburg, bald aus Mitteldeutschland. Sie entspringen sämtlich den berüchtigten Spitzelbüros der Reichsmehrbrigaden oder den Klacken, die der Minister Seine zum Schutze der deutschen Republik aufgemacht hat.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ hat sich leithin wiederholt gegen diese tendenziösen Alarmnachrichten wenden müssen, und das will gewiß viel sagen bei einem Organ, das berufen ist, die Geschäfte der Regierung zu besorgen. Auch das Wolff-Bureau sah sich bereits gezwungen, gegen die Alarmnachrichten, die allerdings von ihm selbst mitdortbreitet worden sind, Stellung zu nehmen. Die bürgerliche Presse Berlins, die in großen Lettern die Alarmnachrichten aus Braunschweig veröffentlichte, brachte aber nicht soviel Wahrheitsmut auf, um ihren Lesern auch die Wolff-Meldung aus Braunschweig vorzusetzen, daß alle von dort gemeldeten Vorfälle purer Schwindel sind.

Dafür werden jetzt in der Presse neue Enthüllungen über „Geheimpläne der Spartakisten“ veröffentlicht. Man will jetzt angeblich einer Organisation auf die Spur gekommen sein, die sich die Ausführung von politischen Morden zur Hauptaufgabe gemacht haben soll. Die Pläne will man in Halle bei ein paar zweifelhaften Gestalten gefunden haben. In Halle sollen sogar von Kommunisten für die Ermordung eines Spitzels — 10 Mark Belohnung ausgesetzt worden sein. Wie vorsichtig die Berichte über derartige Vorgänge ausgenommen werden müssen, geht aus einer Auslassung der V. P. R. hervor, die bereits vor den übertriebenen Alarmnachrichten warnen und zum Rückzug blasen. Die genannte Korrespondenz, die von der Regierung informiert wird, weiß aus Halle zu melden:

Die Meldungen aus Halle betreffen der Kommunistenverbände sind stark übertrieben. Es trifft zu, daß einer von den beiden Kommunisten einen Arbeiter überfallen hat, um ihn zu bezaubern. Bei dieser Gelegenheit wurde er verhaftet und beim Durchsuchen seiner Wohnung auch der andere. Außerdem wurden im Verlauf der Untersuchung noch acht Kommunisten verhaftet, und zwar: Steinbrecher, Schmidt, Schurr, Kaiser, Frau Gerni, Frau Emma Hoffmann, Engel und Zietz. Von diesen sind Kaiser, Engel und Zietz bereits wieder entlassen. Der in den Zeitungen genannte Mörder ist nicht verhaftet gewesen. Das Bestehen eines Revolutionstribunals wird wohl auf gewisse Andeutungen in kommunistischen Versammlungen hin vermutet, irgend etwas Positives ist darüber jedoch nicht zu ermitteln gewesen.

Damit ist wohl die tendenziöse Stimmungsmache der Sensationspresse genügend gekennzeichnet. Die Tatsache, daß man vor einigen Tagen auch in München ein paar Leute festgenommen haben wollte, die gleichfalls den Auftrag gehabt haben sollen, politisch unbedequate Gegner im Auftrag der „Spartakisten“ zu ermorden, und dann eingestehen mußte, daß man Schwindlern in die Hände gefallen war, deutet darauf hin, daß diese Verlächte absichtlich in die Welt gesetzt werden, um das Auge der Öffentlichkeit von den monarchistischen Umtrieben innerhalb der Reichswehr abzulenken. Außerdem ist bekannt, daß vom 1. Oktober ab das Heer auf 200 000 Mann herabgesetzt werden soll. Durch beunruhigende Nachrichten glaubt man, die Entente geneigt machen zu können, von ihrer Forderung Abstand zu nehmen. Jedenfalls sind an all den Alarmnachrichten nur diejenigen Kreise interessiert, die die Putsche geradezu herbeiwünschen, weil sie — nach eigenem Eingeständnis! — bei der Wiedereinführung der Monarchie als Wortwandler dienen sollen.

Deutschland und der Osten.

Wie ein alldeutscher Sozialdemokrat spricht.

Der Oberpräsident Ostpreußens August Winnig äußerte sich gegenüber einem Redakteur der „Deutschen Allg. Ztg.“ über die von Rußland drohende Gefahr folgendermaßen:

„Was nun die Taktik der Bolschewisten angeht, so zweifle ich nicht, daß sie versuchen werden, nach Ostpreußen vorzustoßen. Die Friedensangebote an die Randstaaten sind wohl nicht ganz ernst zu nehmen. Sie haben eine verpöbelte Wehrlosigkeit mit dem Beninischen Atempausen-Frieden, wie er nur immer als taktischer Zug benutzt wird, um augenblicklich Ruhe zu gewinnen und sie danach doch wieder als nichtig zu beschreiben. Die roten Armeen werden jetzt an der Koltschischen Front und vor allem im Anrücken gegen Deniskin überall notwendig gebraucht. Durch den augenscheinlichen Friedenswillen im Westen ermdet es die Rotregierung, Truppen für den Süden und Osten frei zu bekommen. Doch in Rußland, gleich ob es eine Sowjetrepublik oder ein Koltschisches oder ein Denksches oder gar zaristisches Rußland ist, ohne weiteres auf die für sein Wirtschaftsleben notwendigen Randstaaten verzichtet, ist mehr wie unwahrscheinlich. Und ich halte es, wie gesagt, nicht für ausgeschlossen, daß Troßki später, wenn sich im Süden und Osten die Lage wieder zu ihren Gunsten verbessert haben wird, trotz der Friedensangebote an Litauen und Lettland, doch nach Ostpreußen vorzumarschieren versuchen werde.“

Wie ein alldeutscher Imperialist spricht.

In der „Täglichen Rundschau“ schreibt Dr. E. Jenny über die Aufgaben Deutschlands im Osten:

„Alles, was in Rußland nicht bolschewistisch ist, ist heute auf tiefste Enttäuschung von der Entente. Die niemals voll eingelösten Versprechungen, auf welche hin unter Koltschals und Denks Führung Hunderttausende am Rußlands Wiederaufbau kämpfende Russen ihr Leben liehen, hat alles zur Verzweiflung gebracht. Immer schmerzlicher schaut man nach deutscher Hilfe aus. Denn man hat in Erinnerung: bequame ist der Deutsche nicht immer, aber es ist Verlaß auf ihn. Man weiß recht gut, daß, wenn England seine Hand, die bisher doch nur so lässig half, zurückzieht, wie es den Anschein gewinnt, der Bolschewismus obenauflommt. Man weiß ebenso, wie dann von Moskau alles daran gesetzt werden wird, daß in Deutschland der Sportalismus siegt. Die bolschewistische Führung ist sich dessen nicht minder bewußt, und bereitet geschickte diese Politik. Nun ihr der „oben unter den Bühen in Rußland“

Winnig, weiß sie, daß sie festen Grund nur auf Deutschlands Territorium finden kann. Dieses soll ihr zum Sprungbrett in die gepredigte „Weltrevolution“ werden.“

Es wäre gegenwärtig ein militärisches Aberspiel, Moskau von Westen her niederzurufen. Voraussetzung wäre ein festgesetzte Truppe und klare Befehlshaber. Mit einer relativ geringen Seereschmacht ließe sich heute ein tiefer Vorstoß ins Innere machen. Den Raumgewinn ließe es dann sofort ausnützen zur schlagartigen Organisierung antibolschewistischer Streitkräfte. Es dürfte hierzu freilich eines tüchtigen Ausbildungspersonals bedürfte. Der diesbezügliche Wunsch, würde sich in Rußland eine ungeheure Popularität sichern. Dem händen Mannschaften und Führer in größerer Zahl und besserer Qualität zur Verfügung, als dem in Zwangsdenobilisierung begriffenen Deutschland? Da bei Dantsch Deutschland nirgends seine Spartakisten schicken als eben in Rußland! Aber Deutschland regt und rührt sich nicht; es läßt sich sogar noch überall hinausdrängen von dort, wo es Fuß gefaßt hat. Und damit schneidet das Chaos immer näher auf die deutschen Grenzmarken zu...“

Die Differenz zwischen dem sozialdemokratischen Oberpräsidenten Winnig und dem alldeutschen Publizisten Dr. Jenny ist nur eine Scheinbare. Winnig ist jetzt — nachdem die Entente ihm das Aufmarschgelände in Kurland aus der Hand geschlagen hat — für defensives Abwarten an der ostpreussischen Grenze. Dr. Jenny irrt nach wie vor für einen Offensivvorstoß gegen Moskau ein, von der Hoffnung befeuert, daß die Entente als Belohnung dafür mit Deutschland ein lohnendes „Uebereinkommen“ treffen würde. Der Ausgangspunkt beider ist derselbe: Winnig fürchtet ebenso wie Dr. Jenny die russische Revolution, ja er übertrifft seinen Bestimmungsfreund in der „Täglichen Rundschau“ insofern, als er allen Ernstes versichert, Troßki werde mit seiner roten Armee gegen Ostpreußen vorstoßen, weil — Rußland ohne seine Randländer nicht existieren könne. Die Melodie der Kriegshesper von 1914 ertönt wieder — Rußland habe Deutschland überfallen, weil es Ostpreußen erobern wolle! Es hat sich nichts geändert: der sozialdemokratische Oberpräsident der sozialdemokratischen Regierung spricht nicht viel anders wie die Generäle Wilhelms II.

Die Regierungsbildung in Sachsen

Wie bereits kurz gemeldet, hat die Unabhängige Sozialdemokratie Sachsens die Aufforderung der Rechtssozialisten, mit ihnen eine neue Regierung zu bilden, abgelehnt. Ueber die Gründe unterrichtet nachstehender Bericht:

Die gemeinschaftliche Sitzung des Landesvorstandes mit der Volkskammerfraktion der Unabhängigen Sozialdemokratie hat am 23. September 1919 sich mit dem Beschluß der Landesversammlung der S. P. vom 14./15. September 1919 und der Einigungs-verhandlung beider Parteien vom 20. September 1919 beschäftigt und ist zu folgendem Resultat gekommen:

Die Vertreter der Rechtssozialisten haben als Vorbedingung für die Verhandlung das Anerkennen der sogenannten „parlamentarischen Demokratie“ gefordert und in Konsequenz dieses „Grundsatzes“ der U. S. P. die Parität bei der Regierungsbildung herbeigefordert.

Diese Art der parlamentarischen Demokratie ist eine Befindung der S. P. In wirklich demokratischen Staaten kennt man einen solchen parlamentarischen Grundsatze nicht.

Die S. P. will nach ihrer Erklärung sich die Mehrheit in der Regierung sichern und dadurch der Regierungsgewalt auch fernert hin ihren Stempel aufdrücken. Sie möchte aber für die Regierungshandlungen die Verantwortung auch der U. S. P. aufwälzen. Dazu läßt sich die U. S. P. nicht gebrauchen. Der Vorschlag der S. P. ist eine Karrikatur der Demokratie.

In der Frage der politischen Arbeiterräte haben sich die Vertreter der S. P. in Widerspruch zu einer Forderung gestellt, die die Arbeiter aller Richtungen in den Betrieben erheben. Sie hemmen damit die Geschlossenheit des Proletariats, die im Kampfe gegen die Konterrevolution jetzt dringender als je geboten ist.

Schon diese Tatsachen beweisen, daß die S. P. eine Regierungsbildung nach dem Grundsatze der proletarischen Demokratie und den Anschauungen der überwältigenden Mehrheit des Proletariats nicht begehrt.

Die U. S. P. legt besonderen Wert darauf, festzuhalten, daß die S. P. während sie Verhandlungen mit ihr führt, die Gewaltenteilung gegen die Arbeiterklasse nicht aufhört, sondern sogar noch verschärft.

Die Landesversammlung der S. P. hat es abgelehnt, die Aufhebung des Belagerungszustandes zu verlangen. Sie hat die „blutige Politik“ Roskes nicht zurückgewiesen, sie hat Roske vielmehr gestützt und sich dadurch mitberantwortlich für die arbeiterfeindlichen Regierungsmassnahmen gemacht. Der Belagerungszustand, das Segenheil der angeblichen Demokratie, wird unter Billigung der S. P. immer mehr verschärft. In schimpflicher Weise werden die Genossen Schöningh, Dieß und andere auf dem Königsstein festgehalten. Gleichzeitig werden die Monarchisten und das kapitalistische Unternehmertum auf das schonendste behandelt und gegen die Arbeiterklasse bewaffnet.

In Dresden ist das Parteibüro der U. S. P. unter nächtlichem Vorwand eine Woche lang am Erscheinen verhindert worden. In Braunschweig hat die S. P. gerade jetzt mit Hilfe der Roskegruppen den „Braunschweiger Volksfreund“ gewaltsam an sich gerissen. Wer kann danach noch ernstlich behaupten, daß die S. P. wie sie ergibt, für die Demokratie eintritt?

Unter grausamer Verhöhnung jeder Menschlichkeit, unter Verachtung der politischen Sitzen, unter Verleugnung der proletarischen Solidarität, werden in dem Augenblick, in dem Verhandlungen von Partei zu Partei gepflogen werden, Hedert und Frau Dabildowski des Landes verwiesen.

Die Forderungen, die die U. S. P. am 11. Juni 1919 als Grundlage für die Verhandlungen beschloß, konnte jeder, der proletarisch denkt und sozialistisch fühlt, ohne weiteres annehmen. Sie werden hier noch einmal wiederholt:

1. Beseitigung des Belagerungszustandes und des Standrechts.
2. Entlassung der in Schutzhaft befindlichen Personen.
3. Amnestie für die wegen politischer Vergehen Verurteilten und Inhaftierten. Niederlagen aller Strafverfahren, die aus Anlaß des Belagerungszustandes eingeleitet sind.
4. Parität der beiden Gruppen in der Besetzung der Ministerstellen.
5. Keine Vertreter bürgerlicher Parteien in Ministerien.
6. Entfernung aller Reichstruppen aus Sachsen, Errichtung einer Volkswehr aus den Reihen der Kassenbewachten Arbeiter.

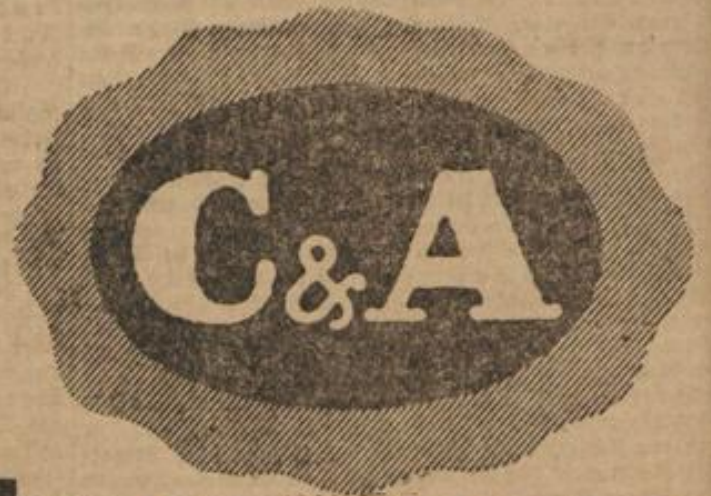
Die kluge Frau sorgt vor!



Den heftigen warmen Tagen werden bald kalte, unfreundliche folgen, in denen Sie warme Kleidung unbedingt benötigen werden. Sorgen Sie vor! Jetzt können Sie von unserer gewaltigen, unausgesuchten Auswahl in warmen, dicken Stoffen wählen. Jetzt hat die Verkäuferin nur für Sie Zeit. Warten Sie nicht bis zu den ersten kalten Tagen mit ihrem unausbleiblichen Sturm auf warme Kleidung. Hier sind zwei Sachen, die wir Ihnen besonders empfehlen.

Flotter, dicker Herbstmantel aus verschiedenen hübschen Stoffen mit dem beliebten Raglan-Schnitt und schönem, hochflügelbarem Pelzragen. Bequeme, geräumige Taschen. **nur 160,-**

Sportmäßige Winterjacke aus einem warmen Stoff in verschiedenen Farben, ein idealer Schuh gegen Kälte, besonders durch den flotten, schalartig zu verschlingendem Kragen. Mit feinen Taschen und dito Gürt. **nur 66,50**



Sept. | Okt. | Nov. | Dez. | Jan. Königstr. 33 Chausseestr. 113
 Am Bahnhof Alexanderplatz | Dem Berliner Bahnhof

Theater und Vergnügungen.

Volkstheater Theater am Dönhofsplatz.
 8 Uhr: Der Schwarzhäuter.
Deutsches Theater
 Direktion: Max Reinhardt.
 7 Uhr: Wie es euch gefällt.
Rammersplele
 7 U.: Gespenstersonate.
Königsgrüner Straße
 10 Uhr: Kameraden.
 Freitag: Kabale u. Liebe
 Sonntag: Kameraden
Komödienhaus
 an der Marschallstraße.
 10 Uhr: Liebestück von der Platte
Berliner Theater
 10 Uhr: Die Dame im Frack
Lossing-Theater
 Direktion: Viktor Barnowsky.
 7 Uhr: Liebe.
 Freitag 7 Uhr: 1. Male: Christa die Tante.
 Sonntag 7 U.: Christa die Tante
 Sonntag 7 U.: Christa die Tante
Deutsch. Künstler-Theater
 Donnerstag bis inkl. Sonntag
 8 Uhr: Schloß am Wannsee
Residenz-Theater.
 Ostendstr. 10. Klosterstraße.
 Täglich 8 Uhr:
Das höhere Leben.
 Nachm. 4 Uhr. Kleine Preise.
 Mittwoch: Schneewittchen
 Sonntag: Hänsel u. Gretel.
Trionon-Theater.
 10. Friedrichstraße. Nr. 41/2, 1811.
 Täglich 8 Uhr:
Der gute Ruf.
 Nachm. 4 Uhr. Kleine Preise.
 Mittwoch: Schneewittchen
 Sonntag: Hänsel u. Gretel.
Casino-Theater
 Köpenicker Str. 37. Tägl. 7, 5 Uhr
Großstadt-Pflanzen
 Volksstück in 3 Akten.
 Vorher: „Schwarzwaldbühne“.
 Operettenakt mit Viktor Litzke
 von der Komischen Oper.
 zum erstenmalige Spezialitäten.
 Sonntag 14 Uhr: Mädchenreue.
 Theater am Köpenicker Tor.
 Tel: Moritzpl. 14514.
 7 1/2 Uhr u. Sonntag
 nachm. 3 Uhr:
Elite-Sänger
 Singspiel, Opern, Operette, u. Scherzoper etc.
 Neues Programm
 über den Lesartenstag
 Sonntag nachm.
 ermäßigte Preise.
 1 Kind frei.
 Näheres-Konzert-Beginn 7 Uhr

Wintergarten

(Täglich 7 1/2 Uhr)
Varietévorstellung
 Raschen ersetzt.
Vergnügungs-Palast
Groß-Berlin
 Hasenheide 13/15
 Heute, Donnerstag.
2 große
Entscheidungs-
kämpfe
Stolzenwald
 gegen **Kornatz**
Dieser Kampf
gelangt als erster
zum Austrag.
Barkowski
 gegen **Bordelais**
 Vorher
Theater u. Spezialitäten.
 Beginn des Konzerts 4 Uhr,
 der Vorstellung 6 Uhr,
 der Ringkämpfe 9 Uhr.
 Jeden Dienstag, Donnerstag
 und Sonntag
großer Ball.

Theater am Moritzplatz

Heute 2 Uraufführungen
Gepeltscht
 Drama in 5 Akten
 mit
Ria Jende
Friedrich Kühne
 Regie: Karl Boese.
 Außerdem das Lustspiel:
Ein Schwereöter
 mit
Trude Hosterberg
Leo Connard
Curt Vespermann
 6,30, 8,30

Berliner Theater

Direktion Carl Meinhard — Rudolf Bernauer
Beginn des Poffenzyklus
 Mittwoch, den 1. Oktober 1919
 • **Neueinstudiert:**
Bummelstudenten
 Hauptdarsteller:
 Hilde Wöner, Melitta Klefer, Emil
 Birron, Julius Brandt, Gerhold Reiffig,
 Paul Rehtopf, Hermann Picha, Hellmuth
 Sathe, Otto Schiller.

Walhalla-Theater

Welsbergsweg.
 Heute bleibd. Theater geschl.
Rose-Theater
 7 1/2 Uhr: Das Gesetz.

Circus Busch

Donnerstag, den 25. September, abends 7 1/2 Uhr
 zum 2. Male:
„APHRODITE“
 Parodistische Pantomime in 3 Akten
 von Paula Busch. — Inszeniert vom
 Hofballletmeister Georges Bianvalet
 Hauptdarsteller: Die Verfasserin Paula Busch
 und Georges Bianvalet.
Tänze: 1. Tanz der Panathenen.
 2. Fox-Trott. 3. Feuer-Tanz.

Schaubühne Moritzplatz

früher Duggenbagen :: Dir.: Schwarzer Kater
 Persönliches Auftreten von
Ernst Lubitsch
 und
Offi Oswald.
 Berner das
Riesen-Varieté-Programm.
Bier-Restaurant.
 Schlichte Billig zum
Einheitspreis von 2 Mark.
 Anfang 8 Uhr.

Int. Bund der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen der Ortsgruppe Neukölln

Großes Wohltätigkeitsfest
 am Sonnabend, den 27. September 1919
 in der Berliner Bockbrauerei, Fideleinstrasse
 zugunsten
 der armen Angehörigen
 der Ortsgruppe, unter gütiger
 Mitwirkung der Konzertängerin Frau
Fanny Federhof-Möller am Klavier
 Herr Federhof-Möller / der kleinen **Marga Franz**
 vom Trionon-Theater / Herrn **Erwin Gustawos**,
 Humorist der Neuköllner Liedertafel / Lustspiel
 „Hochzeitsreise“ von **Benedix**
 aufgeführt von den Mitgliedern
 des Bundes
 Eintrittskarten sind bei den Abteilungsleitern, dem Vor-
 sitzenden **Richard Mack** u. an der Abendkasse zu haben.
Beginn 7 1/2 Uhr. Der Einberufer.

Baustellen

Gemeinde Helligensee, Bahn-Schulzendorf
beste Anlage für Ersparnisse
 mit nur
M. 500
 Anzahlung und vierteljährlicher Abzahlung von
M. 100
 Auskünfte u. Pläne an nur erste Reflektanten
 und zwar persönlich durch
Berliner Bodenverein
 Friedrichstr. 185, 1. Stock. Telefon Zentrum 1042.
 An Ort und Stelle durch **Hermann Jägerweg** 1.

DIE WELTBÜHNE

Der Schaubühne XV. Jahr
 Wochenschrift für Politik, Kunst, Wirtschaft
 Herausgeber: **Siegfried Jacobsen**
 Nummer 40 25. September 1919
Heinrich Strübel: Einiges
Johannes Fischer: Oberst Reinhold
L. Persius: Unser Heer von morgen
W. Meyer: Der geheimnisvolle Aktenschrank
Egon Friedell: Der vorchristliche Jenseit
Gianna Selden-Goth: Von Bismarck
S. J.: Schauspieler-Abend
H. v. Hülsen: Leichenrede auf Prometheus
P. Panter: Das Geheimnis der Lebensdauer
Kaspar Hauser: Heimkehr
 Vierteljährlich 11.— Mark, halbjährlich 21.— Mark,
 jährlich 40.— Mark, Nummer 1.— Mark. Probenummern
 gratis vom Verlag: **Charlottenburg, Bernauer-
 straße 25 (Wilhelm 1943).**

Berliner Möbelvertrieb

Spandauer Brücke 4/5
Schlaf-, Speise-, Herrenzimmer
Möbeln von 350 Mk. an
 Teilzahlung gestattet. Preislisten gratis in jeder
 Buchhandlung.

Wirtschafts-Handtücher

aus starkem, grobem Leinwandstoff, ca. 40-100 cm., per Stück 1.50
Leinenhandtücher halb geblickte, ca. 40x100 cm., 1 Stück 1.70
Wischtücher aus Baumwolle m. bunter Karo, 55x25 cm., 1 Stück 1.25
 Versand gegen Nachnahme.

Dampfärberei

Berthold Tausk
 Holzmarktstraße 2, Bahnh. Jannowitzbrücke
färbt schnell — gut — billig
 Trauerfarben in 3-4 Tagen.
 Spezialität: Decken und Uni-
 formstücke in jeder Farbe.
Annahmestellen überall gesucht.
Größte Verdienstmöglichkeiten.

Die Groß-Berliner Arbeiterräte zur Kohlennot.

Die heutige Vollversammlung der Groß-Berliner Arbeiterräte nahm den Bericht der nach Oberschlesien entsandten Kommission entgegen. Dieser Bericht offenbarte an zahlreichen Tatsachen die wahren Ursachen der herrschenden und noch zu erwartenden Kohlennot. Die Ausführungen des Berichterstatters, Genossen Malchahn, machten tiefen Eindruck auf die Vollversammlung. Wegen der Wichtigkeit des Gegenstandes und der Notwendigkeit der Aufklärung über die Verhältnisse werden wir in den nächsten Tagen den Bericht der Kommission ausführlich wiedergeben.

Die Versammlung selbst wurde durch Genossen Richard Müller eröffnet. Außerhalb der eigentlichen Tagesordnung gab Müller von der Freien Hochschule für Proletariat einen Bericht über die Organisation der Freien Hochschulgemeinde. Er betonte, daß sich dieselbe im engen Anschluß an die Neuorganisation der Arbeiterräte vollziehen müsse, d. h. d. h. daß für jede einzelne Industrie-Gruppe besondere Schulgemeinden errichtet werden müßten. Er hob hervor, daß durch die Arbeit der Freien Hochschulgemeinde die Bildungsansprüche der Parteien nicht erledigt seien, sondern daß es sich bei der Freien Hochschulgemeinde um ganz andere Aufgaben handele. Sie habe hinarbeiten auf den Sozialismus, auf die wirtschaftliche Umgestaltung der bestehenden Verhältnisse. Es handele sich also lediglich um eine scharfe Abgrenzung der Tätigkeitsgebiete. Dieser ermahnen den Plan, für jeden Arbeiterrat die obligatorische Beteiligung an mindestens vier Kurien vorzuschreiben. Der Redner wurde öfter von ungedulden Jurensen unterbrochen und erwiderte darauf: Wenn die Arbeiterschaft immer wieder glaubt, auf die Bildungsarbeit verzichten zu können, sondern alles mit dem Maschinen-gewehr zu machen, ist sie auf dem Holzwege. Auf diesem Wege kommen wir dem Sozialismus kein Stück näher.

Darauf gab Genosse Malchahn den Bericht der aus Enloß der Kohlennot vom Vollausschuß nach Oberschlesien entsandten Kommission. Genosse Malchahn schilderte in Angenehmer Rede die vielfältigen Verhandlungen und Eingriffe, die schreienden Mängel auf den Gruben und im Transportwesen. Er wies die Korruption gegen die Eisenbahner und Bergarbeiter scharf zurück. Von besonderem Interesse waren seine Mitteilungen über die Zustände in der Binnenschifffahrt.

Da wir den Bericht an anderer Stelle veröffentlichen, geben wir hier nur noch die Resolution, die die Kommission der Vollversammlung vorlegte und die einstimmige Annahme fand:

„Die Vollversammlung der Groß-Berliner Arbeiterräte hat den Bericht der ins Kohlengebiet entsandten Kommission zur Kenntnis genommen. Nach dem Bericht trägt die Schuld an der bestehenden Kohlennot die verrottete, unfähige Staatsbürokratie, die versteckten innen- und außenpolitischen Tendenzen der Regierung und das noch bestehende kapitalistische Wirtschaftssystem. Alle Versuche, die Schuld auf die Arbeiterschaft abzuwälzen, verfolgen nur den Zweck, die wahren Schuldigen zu heilen und das Volk irrezuführen. Die bürgerliche Presse, einschließlich der Presse der Rechtssozialisten, betätigt sich täglich auf diesem Gebiete.“

Die Vollversammlung erachtet es als ihre Pflicht, diesem verlogenen Treiben der Presse entgegenzutreten und die werktätige Bevölkerung auf die wahren Schuldigen aufmerksam zu machen. Das ist um so notwendiger, da der katastrophale Zusammenbruch für den kommenden Winter unvermeidlich erscheint. Die Vollversammlung läßt es deshalb für ihre Pflicht, der werktätigen Bevölkerung den Zusammenbruch zu revolutionären Kampforganisationen zu empfehlen, wie sie im Mittelstern gesehen ist, damit das kapitalistische Wirtschaftssystem und die Staatsbürokratie durch ein sozialistisches Gemeinwesen abgelöst werden kann.“

In der Diskussion gab Seiffert (U. S. P. D.) als Vertreter der Berliner Kohlenarbeiter

auffechterregende Enthüllungen über Kohlenlieferungen. So hat das Kaffee Vaterland zur Zeit einen Bestand von 1000 Zentner Schmelzholz, daneben befinden sich in einem eingemauerten Keller noch 2400 Zentner. Die jährliche Zuteilung an das Kaffee Vaterland beträgt 12 000 Zentner. Es wird in diesem Vergütungsabkommensvertrag eine unerhörte Licht- und Kraftverschwendung getrieben. In der Technischen Hochschule Charlottenburg liegen zur Zeit 83 000 Zentner Steinkohlen, die jährliche Zuteilung beträgt 80 000 Zentner. Außerdem werden der Technischen Hochschule auf Veranlassung des Reichswehrministers 80 000 in diesem Jahre weitere 85 000 Zentner Steinkohlen zubewilligt, so daß also viele Arbeiter eine jährliche Kohlenmenge von 115 000 Zentnern zur Verfügung hat. Diese vermehrte Zuteilung wird damit begründet, daß man für das weitere Fortkommen der Studentenschaft sorgen müsse. Ebenso wird die Zuteilung für Heimatkinder überreich mit Kohle beliefert, auch wird dort eine Raumverschwendung getrieben, die zu der herrschenden Wohnungsnot in schreiendem Mißverhältnis steht. Im Krankenwesen dazu steht die Belieferung der Krankenhäuser. So hat beispielsweise das Kohlenvorrat und steht haus nie mehr als für einen Tag Kohlenvorrat und steht kündigt vor der vollständigen Entblühung von Kohle. Diese Tatsachen, die der Redner in Gemeinschaft mit Kontrollleuten der Reichskohlenstelle feststellte und die absolut zuverlässig sind, erregten die stürmische Entrüstung der Versammlung.

Genosse Richard Müller wies zum zweiten Punkt der Tagesordnung darauf hin, daß die Neuorganisation der Arbeiterräte nach dem bekannten Organisationsrahmen jetzt vorgenommen werden müßte. Die einzelnen Gruppen sollen sofort zusammengerufen werden.

Es gab dann noch eine kleine Auseinandersetzung über die frühere Reise einer aus Rechtssozialisten und einem U. S. P. D. Mitglieder zusammengesetzten Kommission nach Oberschlesien. Ihr wurde besonders von kommunistischer Seite vorgeworfen, daß sie sich dort von den Grubenbesitzern einfinden ließ und dadurch indirekt an der Hege gegen die Bergarbeiter mitwirkte. Soweit die Vorwürfe den unabhängigen Genossen betrafen, wurden sie zurückgewiesen.

Damit hatte die Versammlung ihr Ende erreicht.

Gewerkschaftliches.

An die Hauptvertrauensleute in der Metallindustrie.

Die unterzeichneten Organisationen laden ihre Hauptvertrauensleute der Metallindustrie zu einer Versammlung für Donnerstag, den 26. September, abends 7 Uhr nach dem Englischen Hof, Alexanderstraße 27c, ein.

Tagesordnung: Aussprache über den Streik der Arbeiter in der Metallindustrie. Jeder Betrieb muß durch eine Person vertreten sein. Zentralverband der Angestellten. Bund der technischen Angestellten und Beamten. Deutscher Werkmeisterverband.

Versammlung der Arbeiter in der Elektrizitätsindustrie.

Gestern nachmittag beschäftigte sich im Gewerkschaftshaus eine gut besetzte Versammlung der in der Metall- und Elektroindustrie beschäftigten Fabrikarbeiter mit der Lage in der Metallindustrie. Kollege Lange gab als Mitglied der Jungschmerlkommission einen Überblick über die Entwicklung der ganzen Bewegung. Er hob hervor, daß nicht die bürgerliche Presse behauptet, die Jungschmerlkommission, die Arbeiterschaft zum Streik aufzufordern, sondern daß es gemäß der Generalversammlung vom Montag den Betrieben überlassen bleibt, sich durch Abstimmung am Streik zu beteiligen oder nicht. Es sei zu erwarten, daß die Arbeiter der Metallwerke in den nächsten Tagen ausgesperrt werden. Der Vorsitzende Neumann wendete sich gegen das „Arbeiterblatt“ „Vorwärts“, das es wieder einmal für richtig findet, in der Stunde der Gefahr sich auf die Seite der Unternehmern und nicht auf die Seite der Arbeiter zu schlagen. Mit welcher Heftigkeit man in bürgerlichen Kreisen die Not der Arbeiterschaft betrachtet, zeigt der Ausspruch Dr. Oppenheimer: Höhere Löhne wären schon deswegen nicht notwendig, weil sich die Arbeiterschaft auf Karren ja doch nur in beschränktem Maße die Lebensmittel kaufen könnte. Für die Verwirrung in der Unternehmerschaft brodet ein Diktatorstreber ein höchstes Beispiel von einem Betrieb, wo man die Arbeiter direkt zur Unterwerfung bringen wollte. Zustimmung wurde eine Resolution angenommen, in welcher den Maßnahmen der Jungschmerlkommission das Vertrauen ausgesprochen und auch weiterhin strengste Disziplin zugesichert wurde.

Moskijunger gegen Streikposten.

Die Dampfpapierfabrik steht im Streik. Bei Hermann Woll, Dampfer 7, sind ca. 80 Mädchen und zwei Arbeiter beschäftigt, die sich auch dem Streik angeschlossen haben. 15 bis 18jährige junge Mädchen stehen Streikposten. Sie wälzen ihres Amtes so, daß auch zwei Arminial- und zwei uniformierte Polizisten sie von ihrem Streikrecht nicht abhalten können. Da läßt der Unternehmer Militär einrücken; prompt kommen ca. 20 Stahlhelme, die sich am Eingang und im Hofe mit den üblichen Schußwaffen, mit Handgranaten und Nebelolverpostieren. Drei Chefs, wohlbeliebte Mäße, lassen sich von vier Dutzend jungen Mädchen ernähren. Daß das immer so bleibt, dafür bewahrt sich Moskja, daß es aber nicht immer so bleibt, dafür werden die Arbeiter sorgen.

Fort mit den Privat-Irrenanstalten.

Das Personal dieser Anstalten war bis zur Revolution für eine Organisation nur in seltenen Fällen zu haben. Und die Besitzer dieser Anstalten widersetzten sich beharrlich jeder Forderung des Personals. In vielen dieser Anstalten bestehen nicht einmal die gesetzlich vorgeschriebenen Arbeiterausschüsse; wo solche zustande kommen, werden die Mitglieder gemogelt. Die achtstündige Arbeitszeit ist in keiner der Anstalten durchgeführt. Tageslöhne von 3,50 M. — höchstens 6 M. — sind hier die Regel. Als Schlafgelegenheit wird dem Personal teilweise sogar der Wäschekasten zugewiesen. Wohnräume fürs Personal bestehen z. B. in dem noblen „Sanatorium“ des Herrn Dr. Weller, Westend, überhaupt nicht. Das Herrenkloster wird seitens der Borgefekten in kraffter Form hervorgehoben.

Die Folge all dessen ist eine große Mutation. Trotz des großen Arbeitslohnverlustes in Groß-Berlin beziehen die privaten Irrenanstalten ihre Arbeitskräfte immer noch von außerhalb. Unseres Erachtens wäre es an der Zeit, mit den privaten Irrenanstalten aufzuräumen und das ganze Irrenwesen staatlich oder städtisch zu verwalten. Das liegt nicht nur im Interesse des Personals der privaten Irrenanstalten, sondern auch im Interesse der Allgemeinheit und der lebenden Menschen.

Deutscher Transportarbeiter-Verband, Sektion 3, Transport- und Lagerarbeiter usw. der Groß-Berliner Metallindustrie. Alle im Streik stehenden Betriebe haben täglich nachmittags 5 1/2 Uhr einen mit Delegierten versehenen Vertreter nach dem Lokal Pappe-Allee 35 Ecke Stangender Str. zum Erhitzen von Getränken und zur Entgegennahme von Mitteilungen zu senden. Jeder Betrieb hat sich bestimmt vertreten zu lassen. Die Sektionsleitung.

Achtung! Steinseher und Berufsgenossen! Esmische Vorstandsmitglieder, Vertrauensmänner und Funktionäre im Tarifbezirk Groß-Berlin, die auf dem Boden der U. S. P. D. und K. P. D. stehen, werden zu einer wichtigen Besprechung am Sonntag, den 28. d. M., vormittags 9 1/2 Uhr, im Restaurant Meier, Brunnstraße 108, eingeladen. J. A. Sibura.

Die Angestellten der Daudrat, gemeinnützige Gesellschaft der Stadt Berlin, sind wegen Lohnhöherungen in den Streik getreten. Achtung! Graphisches Gewerbe! Zum Verlage, beruft der Propaganda-Ausschuß für den Zusammenschluß des graphischen Gewerbes, 4 Versammlungen in allen Stadtteilen ein. Im Interesse aller im Gewerbe Tätigen liegt es, diese Versammlungen zu besuchen.

Zu dem Bericht über die Versammlung des Deutschen Eisenbahnerverbandes am Sonntag, den 21. September d. J., in den Prachthallen des Orens, habe ich richtigstellen, daß ich von einer Maximallösungzeit von 45 Stunden, nicht 42 Stunden gesprochen habe. Ferner habe ich nicht gesagt, daß seitens der leitenden Eisenbahnbehörde mit einer gewissen passiven Resistenz gearbeitet wird, sondern ich habe gesagt, daß anscheinend gewisse Kreise unter den höheren Beamten vorhanden sind, die passive Resistenz üben, weil sie ein Interesse an der Gefundung des Wirtschaftlebens nicht haben. H. Scheffel.

Wegen der Einführung des Akkordsystems in den Eisenbahnerbetrieben wandte sich eine Mitgliederversammlung des Ortsvereins Reichsverband des Allgemeinen Eisenbahnerverbandes. Die Akkordleistung, heißt es in der angenommenen Entschließung, kann auch nicht durch Prämien gehoben werden, sondern nur dadurch, daß eine stärkere und verantwortliche Arbeit einfließend einfließend wird. Die Arbeiter verlangen ferner von der Regierung eine Wirtschaftshilfe in der Höhe, wie sie die Beamten erhalten haben, und sie ermahnen, die Wahlen zu den Betriebsräten, denen das Mitbestimmungsrecht in vollem Umfange eingeräumt werden muß, sofort stattfinden.

Ein Arbeiter vom alten Schlags. Der Herr Messerungsbaumeister Milah, derzeitiger Direktor des Spandauer Bahnhofs in Berlin, hat 60 Proz. seiner Angestellten, von denen der größte Teil verheiratet ist, per 1. Oktober gekündigt. Grund: Die Knackstellen haben arbeiten, den unter dem 8. September für

die gesamte Berliner Metallindustrie abgeschlossenen Tarifvertrag auch in obigen Betrieben zur Durchführung zu bringen. Am nächsten Tage stellte sich plötzlich Arbeitsmangel heraus. Kommentar überflüssig. Die in Frage kommenden Organisationen werden die notwendigen Schritte unternehmen müssen, um die Reichsbehörden, die auf den genannten Beppeln-Kongressen immerhin noch einen gewissen Einfluß haben, auf dieses unerhörte Vorgehen aufmerksam zu machen.

Die in Säge- und Schneidmühlen beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen stellen in einer am Montag abgehaltenen Versammlung folgende Forderungen auf: Die Arbeitszeit soll 40 Stunden betragen. Überstunden sind unzulässig. Handwerkszeug stellt der Unternehmer. Vorarbeit wird abgeschafft. Für gleiche Arbeit ist für sämtliche Arbeiter gleicher Lohn zu zahlen. Der Stundenlohn für Facharbeiter soll 3,75 M. betragen. Für Fabrik- und Hilfsarbeiter beiderlei Geschlechts 3,50 M. pro Stunde. Für Jugendliche unter 18 Jahren beiderlei Geschlechts 2,50 M. pro Stunde. In Streitfällen entscheidet der Betriebsausschuß. Ferien: nach 6 Monaten 3 Tage, steigend jährlich um 2 Tage bis 12 Tage. Das Mitbestimmungsrecht des Ausschusses. Günstigere Bedingungen bleiben bestehen. Die Forderungen sollen den Unternehmern durch eine Kommission unterbreitet werden.

Die Bewegung der Schachtmeister. Die Schachtmeister Verein und Umgegend haben bereits seit Februar d. J. in Tarifverhandlungen mit den Tiefbauunternehmern. Laut Tarif war ein Mindestlohn von 150 Mark pro Woche vereinbart worden. Jetzt, da der Abschluß unterzögert werden soll, weigert sich der Verband der Tiefbauunternehmer plötzlich, den Bund der T. A. B. dessen Vorstandsmitglied, Herr Gramin, f. H. die Verhandlungen leitete, als Kontrahenten anzuerkennen. Auch ein vom Schlichtungsausschuß zugunsten der Schachtmeister ermittelter Schiedsspruch wird von den Unternehmern in den Wind geschlagen. Genes dieses rückständige Unternehmertum werden also schärfere Waffen angewandt werden müssen.

Groß-Berlin.

Steuerzettel und Kirchenaustritt.

Nachdem jetzt wohl ein jeder seinen diesjährigen Steuerzettel bekommen hat, hört man fast allgemein ein Klagen und Schimpfen über hohe Steuern, zumal auch noch gleich für zwei Quartale auf einmal bezahlt werden muß. Besonders ungehalten sind viele Menschen darüber, daß sie neben den hohen Einkommensteuern einen hohen Betrag an Kirchensteuer bezahlen müssen, obgleich sie die Kirche gar nicht in Anspruch nehmen. Da hört man Aussprüche, wie: „Was geht mich die Kirche an“, „Jahresbeitrag bin ich nicht in der Kirche gewesen“, „Laßt doch diejenigen die Kirchensteuern bezahlen, die in die Kirche gehen“ usw.

Die Leute, die so sprechen, sind durchaus nicht zu beneidern, daß sie Kirchensteuern zahlen müssen. Denn, wenn ihnen die Kirche so fremd so ist, wie aus ihren Aussprüchen hervorgeht, hätten sie längst aus dieser ausscheiden sollen. Ist nicht immer und immer wieder, sei es in Zeitungsartikeln, sei es in Vorträgen darauf hingewiesen worden, daß diejenigen, die innerlich mit der Kirche gebrochen haben, dies auch äußerlich durch Abgabe der Austrittserklärung tun sollten? Wer eingetragenes Mitglied bleibt, trotzdem er die Kirche und ihre Lehren verwirft, der muß zu den Ausgaben auch seinen Teil beisteuern.

Wander der Kirche innerlich Entfremdete hat den Kirchenaustritt nicht vollzogen, weil er wirtschaftliche Schäden befürchtet. Dieser Grund sollte für einen Menschen von Charakter nicht stichhaltig sein. Der muß für seine Überzeugung auch Unbill und Schäden auf sich nehmen. Gegenwärtig hat diese Befürchtung aber kaum noch eine Berechtigung. Viele dürften auch aus Fälligkeit den Trennungsschritt mit der Kirche nicht zögern. Mit dieser verdammten Gleichgültigkeit sollten die Arbeiter endlich brechen.

Jeder, der nicht mehr kirchensüchtig ist — nach dem Verhören der Kirche während des Krieges müßte das eigentlich heute bei allen Arbeitern der Fall sein —, muß jetzt ohne Verzug seinen Austritt aus der Kirche erklären. Es geschieht das, indem man sich zu dem zuständigen Amtsgericht bezieht und daselbst unter Vorlegung eines Personalausweises den Austritt mündlich erklärt. Kosten entstehen daraus nicht. Wer bis Ende September austritt, braucht vom 1. Oktober ab keine Kirchensteuer mehr zu zahlen.

Austrittsprozess gegen Mitglieder der K. P. D. von Neudölln.

Gestern begann vor dem Kommandanturgericht in Berlin die Verhandlungen gegen die ehemaligen Mitglieder des Depots 12 der K. P. D. in Neudölln. Dem Hauptangeklagten Schulz wird zur Last gelegt, Widerstand gegen die Staatsgewalt geleistet und die Regierungstruppen zur Gehorsamsverweigerung verlockt zu haben. Entgegen dem Befehl des Unterassistenten der Volksmarinebrigade soll er zu den Kämpfern um den Marschall Verstärkung geleistet und als Befehlshaber des Depots 12 seine Untergebenen zum Landfriedensbruch angezettelt haben. Außerdem soll Schulz seine Mannschaften zum Diebstahl von Vorräten des Depots angetrieben, sowie gestohlene Sachen angekauft haben. Außer ihm sind noch eine ganze Reihe ehemaliger Mitglieder des Depots 12 der K. P. D. wegen ähnlicher Delikte angeklagt. Preuß wird insbesondere zum Vorwurf gemacht, daß er die Arbeiterschaft mit Waffen versehen habe. Gasse und Kolbe sollen werden als Händehändler der Gewaltdelicten gegen Regierungstruppen im Felde bezichtigt. Schürmer soll sich besonders dadurch strafbar gemacht haben, daß er in einer kommunistischen Versammlung für den Widerstand gegen die in Neudölln einrückenden Truppen eingetreten sein soll. Gasse soll ferner 2000 Mark Dienstgelder unterschlagen haben.

Die Verteilung liegt in den Händen der Rechtsanwältin Dr. Weinberg, Herzfeld, Köhnheim, Reumann und Hein. Als Zeugen sind circa 90 Personen geladen. Der Prozeß wird sich also längere Zeit hinziehen. Dr. Weinberg wirft vor Eintritt in die Verhandlung die Frage der Zuständigkeit des Gerichts auf. Am 9. November sei das Herz, das auf den Kaiser bezichtigt war, fälschlich aufgestellt worden. Die Angeklagten können deshalb nicht mehr als Soldaten betrachtet und vor ein Militärgericht gestellt werden. Der Anklagewertreter Dr. Kehle entgegnete, daß eine Änderung der Regierungsform noch nicht das Herz aufhebe. Zu keiner Zeit habe auch nach der Gewaltschuld bestanden. Nach 1 1/2stündiger Beratung erklärte das Gericht sich für zuständig. Die Urchüchle des angeklagten Geistes kein noch als militärische Personen so lange zu betrachten, als sie Wahrung und Verpflegung aus militärischen Beständen erhalten. Die Klasse gegen Max Schürmer wird abstrittens

